



Brüssel, 3. November 2010

Inge Gräßle (EVP/CDU):

Italien muss Kontrolle von EU-Geldern verbessern

Eine gemischte Bilanz zieht die Sprecherin der EVP im Haushaltskontrollausschuss, Inge Gräßle (CDU), nach einem Besuch des Haushaltskontrollausschusses in Italien. Im Mittelpunkt stand die Verwaltung der Strukturfonds in zwei Regionen, Kampanien und den Abruzzen sowie die Verwendung des Europäischen Solidaritätsfonds im Erdbebengebiet von L'Aquila. "Bei der Mittelverwaltung haben wir große regionale Unterschiede und eine unterschiedlich professionelle Verwaltung angetroffen. Die Vielzahl der Kontrollbehörden - für jeden EU-Fonds eine andere, insgesamt 25 - sorgt für hohe Kontrollkosten bei gleichzeitig mangelnder Effizienz und Zuverlässigkeit", so Gräßle.

Es sei schon auffällig, dass die EU-Kommission bei ihren Vor-Ort-Kontrollen relativ hohe Fehlerraten entdecke und für Kampanien wegen einer Fehlerrate von 59 Prozent sogar ESF-Gelder ganz gesperrt habe, obwohl die regionale Verwaltung diese Projekte vorab kontrolliert hätte. "Wir müssen künftig die Leistung und Professionalität der Verwaltungen beim Geldmanagement einbeziehen und sanktionieren, statt wie bisher eine fehlerhafte Verwaltung noch zu belohnen", so Gräßle.

Kampanien erhielt 2000-2006 rund 2,77 Milliarden Euro aus den Strukturfonds, in der laufenden Finanzierungsperiode sogar 3,43 Mrd. Euro. Die in Italien geplante Neuausrichtung und Konzentration der Strukturfonds sei zu begrüßen: 2000 bis 2006 finanzierte Italien mit 31,6 Mrd. Euro aus den Strukturfonds rund 700.000 Projekte. "Wie die EU-Kommission sich mit insgesamt 50 Rechnungsprüfern in der zuständigen Generaldirektion auch nur ansatzweise einen Überblick verschaffen soll, ist absolut rätselhaft".

Im Erdbebengebiet L'Aquila verschaffte sich der Ausschuss einen Überblick über die Zerstörungen durch das Erdbeben im April 2009 und den Wiederaufbau, den die EU mit 493 Mio. Euro aus dem Solidaritätsfonds unterstützt hat - die höchste Summe, die jemals aus diesem Fonds gezahlt wurde. Die EU übernahm 27% der bisherigen Aufbaukosten. Der Ausschuss wird die Kommission zu einer bisher noch nicht erfolgten Rechnungsprüfung auffordern.

Für weitere Informationen

Büro Inge Gräßle MdEP: Tel. +32 228 47868

EVP-Pressestelle, Lasse Böhm, Tel. +32 484 656 897